

Mit Gutscheinen für die Kinderbetreuung steigt das Angebot an Krippenplätzen

Nach positiven Erfahrungen in den Gemeinden fordern Parlamentarier auch vom Bund eine neue Finanzierungspraxis

Viele Kindertagesstätten erhalten Geld von der öffentlichen Hand, um günstige Tarife anbieten zu können. Doch immer mehr Gemeinden stellen um: Sie vergeben Betreuungsgutscheine direkt an die Eltern. Soll der Bund jetzt nachziehen?

LARISSA RHYN

Die Berner haben sich jahrelang über ihre Kita-Finanzierung gezanzt. Das Resultat ist ein Systemwechsel: Künftig erhalten berufstätige Eltern im ganzen Kanton Betreuungsgutscheine von ihrer Wohngemeinde. Diese können sie bei der Kita ihrer Wahl einlösen, anstatt dass ihren Kindern wie bisher ein subventionierter Platz zugeteilt wird. Während die Gegner in Bern noch immer vor einer Kostenexplosion warnen, hat die Stadt Luzern bereits das Gegenteil bewiesen. Nachdem sie als erste Schweizer Stadt Betreuungsgutscheine eingeführt hatte, sind zwar die Ausgaben in die Höhe gegangen, doch das hat kein Loch in die Kasse gerissen. Denn die Einnahmen stiegen auch.

Betreuungsgutscheine kosten mehr als die Objektfinanzierung, bei der die Gemeinde eine fixe Anzahl Plätze subventioniert und das Geld direkt an die Krippen bezahlt. Denn die Gutscheine werden meist nicht kontingentiert. Dadurch profitieren mehr Familien, doch die Gemeinde muss auch mehr ausgeben. Das war in Luzern der Fall. Gleichzeitig wurden nach der Einführung des Gutscheinsystems mehr Alleinerziehende und Zweitverdiener in Paarkonstellationen erwerbstätig. Daraufhin nahmen die Steuereinnahmen zu, und die Stadt sparte bei den Sozialhilfekosten.

Nun fordern Politiker von Mitte-links, dass die Subjektfinanzierung auch auf nationaler Ebene eingeführt wird. Die grünliberale Nationalrätin Kathrin Bertschy hat kürzlich ein Postulat dazu eingereicht. Sie argumentiert, die direkte Unterstützung der Eltern sei effizienter: «Heute ist das System kompliziert, zu wenig transparent, die Eltern warten zu lange, und es profitieren nur wenige.» Mit Gutscheinen blieben die Plätze zwar teuer, doch es könnten alle erwerbstätigen Eltern profitieren – je nach Einkommen einfach unterschiedlich stark.

Bern und Luzern als Vorreiter

Wenn eine Gemeinde Betreuungsgutscheine einführt, entstehen neue Krippenplätze. Das zeigte sich nicht nur in Luzern, sondern auch in der Stadt Bern, wo die Subjektfinanzierung bereits vor einigen Jahren eingeführt wurde. Nach dem Wechsel fanden 66 Prozent der Eltern zum gewünschten Zeitpunkt einen Platz, während es zuvor nur 43 Prozent gewesen waren. Wer nicht direkt fündig wurde, musste sich zudem weniger lang gedulden: Die Wartezeit sank von durchschnittlich 40 auf 20 Wochen. Die Studien in Bern und Luzern fanden nur wenige negative Punkte: Einige Kitas bemängelten, dass sie weniger Planungssicherheit hätten. In Bern nahm der administrative Aufwand zu, sowohl für Eltern und Kitas als auch für die öffentliche Hand.

Bern hat sich schliesslich dazu entschieden, das System von der Stadt auf den ganzen Kanton auszuweiten. In den kommenden zwei Jahren müssen alle Gemeinden auf Gutscheine umsteigen, wenn sie weiterhin Geld vom Kanton erhalten wollen. Einige haben dies bereits im Sommer getan. Auch Uri plant, ganz auf Gutscheine umzustellen. Die Stadt Zug, Olten und diverse ländlichere Gemeinden, unter anderem in den Kantonen Baselland, Aargau und Luzern, setzen heute schon auf Subjektfinanzierung.

Im Kanton Zürich haben SP, Grüne, GLP, EVP und AL jüngst einen Vorstoss eingereicht. Doch die Stadt Zürich

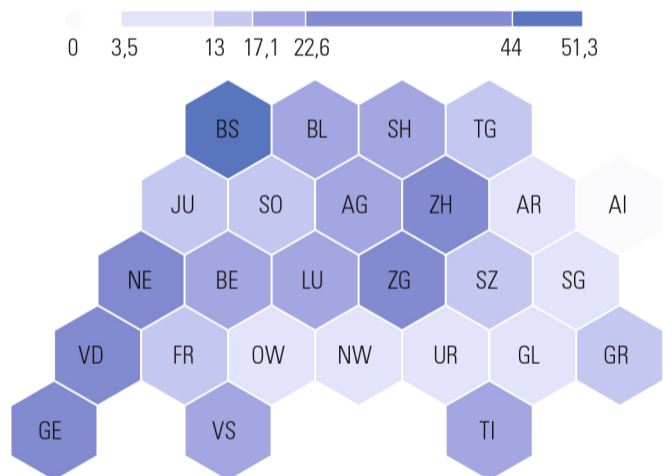


Krippen spielen eine zentrale Rolle bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

CHRISTIAN BEUTLER / NZZ

Wenig neue Kita-Plätze in der Zentral- und Ostschweiz

Anzahl der im Rahmen der Anschubfinanzierung seit 2003 neu bewilligten Kita-Plätze pro 1000 Kinder



QUELLE: BUNDESAMT FÜR SOZIALVERSICHERUNGEN

NZZ Visuals / jok., ntt.

hat sich erst kürzlich gegen Betreuungsgutscheine entschieden. Sozialvorsteher Raphael Golta (sp.) warnte davor, dass durch den verschärften Wettbewerb die Kita-Preise steigen könnten, wodurch sich einkommensschwache Familien keinen Platz mehr leisten könnten. Im Kanton Bern kann man noch nicht beurteilen, ob das stimmt. Esther Christen von der Berner Fürsorgedirektion rechnet mit leichten Preisanstiegen. Sie sagt jedoch auch, keine Kita könne es sich leisten, die Eltern zu stark zur Kasse zu bitten: «Dank den Gutscheinen sind die Eltern nicht mehr an die Wohn-gemeinde gebunden.» Sie könnten ihre Kinder auch in der Nachbargemeinde betreuen lassen. «Das verschärft die Konkurrenz zwischen den Kitas.»

36 Prozent der Schweizer Paare schicken ihre Kinder in eine Kita oder eine schulergänzende Betreuung. Das zeigen die neusten Zahlen des Bundesamts für Statistik. Dafür bezahlen sie in den Städten etwa 110 bis 140 Franken pro Tag, auf dem Land ist es teilweise etwas weniger. Wegen der hohen Kosten lohnt es sich nicht für alle Familien, wenn beide Elternteile arbeiten.

Luzern hat gezeigt, dass Betreuungsgutscheine das ändern können. Kein Wunder, ist die Subjektfinanzierung, die als wettbewerbsfördernd gilt und anfangs vor allem bei Bürgerlichen beliebt war, auch bei den Sozialdemokraten salonfähig geworden. So hat neben der Grünliberalen Kathrin Bertschy auch SP-Nationalrätin Nadine Masshardt im Nationalrat einen Vorstoss dazu eingereicht.

Der Bundesrat hielt vor kurzem fest, die Gutscheinsysteme hätten positive Effekte. Dies, nachdem FDP-Nationalrat Peter Schilliger angefragt hatte, ob der Bund Anreize setze, damit die Kantone auf die Subjektfinanzierung umstiegen. Dies will der Bundesrat aber nicht: Es sei nicht am Bund, Empfehlungen zur Kinderbetreuung abzugeben. Denn diese ist in der Schweiz Sache der Kantone und Gemeinden.

Eine nationale Finanzierung von Betreuungsgutscheinen ist vor allem des-

36 Prozent der Schweizer Paare schicken ihre Kinder in eine Tagesstätte oder eine schulergänzende Betreuung.

halb umstritten, weil sie die Krippenförderung auf Bundesebene institutionalisieren würde. Bertschy findet das zwar auch nicht ideal, sagt aber: «Die Kantone machen seit Jahren kaum Fortschritte bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.» Sie würden noch immer nicht genügend Plätze zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung stellen. Es sei daher höchste Zeit, «Bewegung ins System zu bringen».

2013 ist der Familienartikel, mit dem der Bund mehr Kompetenzen bei der

Kinderbetreuung erhalten hätte, an der Urne knapp gescheitert. Trotzdem greift der Bund heute schon in das Hoheitsgebiet von Kantonen und Gemeinden ein. Der Grund: Vor Jahren fehlten in der Schweiz massenhaft Krippenplätze. Also entwickelte das Parlament eine Anschubfinanzierung. Das war 2003. Letztes Jahr wurde das «Impulsprogramm» bereits zum dritten Mal verlängert. Der Bundesrat hatte sich dagegen ausgesprochen. Im Parlament waren FDP und SVP dagegen. Doch es gab Abweichler in beiden Parteien, und so kam die Vorlage auch im Nationalrat durch.

5000 Franken für zwei Jahre

Mit dem jetzigen System wird jeder neue Kita-Platz zwei Jahre lang mit 5000 Franken unterstützt. Sowohl private als auch öffentliche Einrichtungen können profitieren. Bis heute hat das Programm 383 Millionen Franken gekostet, womit rund 36 200 neue Kita-Plätze und etwa 26 000 Plätze in der schulergänzenden Betreuung finanziert wurden. Vor allem in Basel-Stadt, der Westschweiz, Zürich und Zug wurden in den letzten 16 Jahren mit der Unterstützung des Bundes viele neue Kita-Plätze geschaffen. In den meisten Kantonen der Zentral- und Ostschweiz waren es nur wenige. Daneben wurden auch unabhängig vom Bund neue Betreuungsangebote geschaffen.

Zusätzlich wurde unter Innenminister Alain Berset (sp.) ein zweites Finanzpaket von knapp 100 Millionen Franken bereitgestellt. Gemeinden, die ihre Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung erhöhen, erhalten während dreier Jahre einen Teil des Geldes vom Bund. Danach müssen sie die zusätzlichen Kosten selbst stemmen. Gleichzeitig unterstützt der Bund auch Projekte, mit denen das Betreuungsangebot besser auf die Bedürfnisse der Eltern abgestimmt wird, beispielsweise, indem lange Öffnungszeiten angeboten werden.

Das Programm läuft noch bis im Sommer 2023, bisher hat das Bundesamt für Sozialversicherungen die Gesuche der Kantone Aargau, Tessin und Baselland für total rund 20 Millionen Franken bewilligt. Elf weitere Kantone haben laut dem BSV Interesse gezeigt, vier Gesuche werden für 2020 erwartet. Doch dort, wo die Gemeinden die Verantwortung für die Kita-Finanzierung tragen, ist der administrative Aufwand für ein Gesuch hoch. Daher zögern einige Kantone noch, die zusätzlichen Bundesgelder zu beantragen.

WARUM Warum nicht gleich ein Kaufzwang?

Warum nicht gleich ein Kaufzwang? ...

Warum nicht gleich ein Kaufzwang? ...

Warum nicht gleich ein Kaufzwang? ...

2020 steigen die AHV-Beiträge

Die Höhe der Beiträge für die Altersversicherung

Die Höhe der Beiträge für die Altersversicherung ...

Die Höhe der Beiträge für die Altersversicherung ...